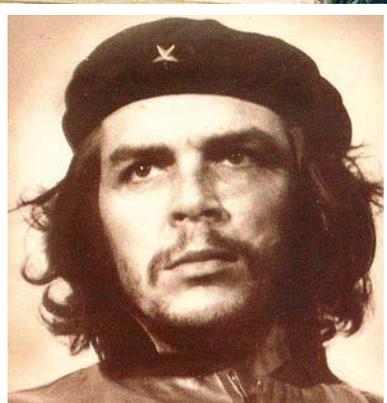


Forum

Nachhaltig Wirtschaften

Das Entscheider-Magazin



Sanfte (R)evolution
Kuba zeigt der Welt einen
neuen Weg

S.O.S – Save our Soils
Wir verlieren den Boden unter den Füßen

Mind over Medicine
Mit Kultur heilen

Biokunststoffe und 3D-Druck
Neues aus der Natur für die Natur

Generation Y
Lebenskonzepte für die Zukunft

Urlaub in der Region
Fahrradboom und Ökodorf





10

Boden:
Sind wir noch zu retten?

42

Generation Y:
Geht es ihr leidlich gut?

- 3 Editorial
- 6 **Aus Liebe zur Erde** Achten, bewahren, heilen
- 8 **Gute Nachrichten**

Schwerpunkt

JAHR DES BODENS

- 10 **S.O.S. – Save Our Soils** Boden ist Leben
- 14 **Jetzt Boden gutmachen!** forum im Interview mit Volkert Engelsman
- 18 **Kubas stille Revolution** Aus der Not geboren – Auswege aus der Agrarchemie
- 22 **Der Stiftungsgigant** forum-Interview mit dem Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), Dr. Heinrich Bottermann

Sonderteil

WIR – MENSCHEN IM WANDEL

- 27 **Mit Kultur heilen** Mind over Medicine
- 32 **Die Fuji Declaration** für eine Zivilisation der Einheit in Verschiedenheit

- 34 **Die Erde ehren** Christoph Quarch im Interview mit Sesto Castagnoli, einem der ersten Unterzeichner der Fuji Declaration
- 36 **Ein Moment des Friedens** Vordenker und religiöse Autoritäten aus aller Welt unterstützen die Fuji Declaration
- 40 **Unter uns** Projekte für den Wandel

THEMEN

Generation Y

- 41 **Ohne Fleiß kein Preis** forum-Interview mit Stefan Schulze-Hausmann, dem Initiator des Deutschen Nachhaltigkeitspreises
- 42 **Generation Y** Warum die Generation der goldenen Möglichkeiten Wirtschaft, Politik und Gesellschaft lautlos und stetig verändert
- 46 **Sag mir wo die Jungen sind? Wo sind sie geblieben?** Alltagstaten statt großer Politik
- 48 **Die Kraft einer Vision** Aus dem neuen Buch „Zukunft gewinnen“ von Bärbel Höhn

Klimaschutz & Energieeffizienz

- 52 **Arctic Mission 2015** Kann man Klimawandel begreifbar machen?
- 54 **Energiewende am Scheideweg** Was zu tun bleibt, um die großen Chancen der Energieeffizienz zu nutzen



54

Energiewende am Scheideweg:
Es gibt noch viel zu tun



INHALT

100

Zuhören statt bellen: Verletzende Kommunikation kostet Unternehmen Geld

60 **Wirksam sanieren** ist nicht immer der Fall. Warum, klärt jetzt ein Forschungsprojekt

64 **Blut und Schweiß** Auf dem Weg zu einer neuen ISO-Norm im Bereich Umwelt

68 **Eco-marathon Europe** Deutsche Teams räumen ab

Biokunststoff

70 **Biokunststoff** gibt es seit Jahrhunderten, doch gegenwärtig erlebt er eine ungeahnte Renaissance

74 **3D-Druck aus „flüssigem Holz“** Nachhaltig drucken, auch im Zeitalter von 3D-Druck

76 **Eine harmonische Verbindung** Industrietextilien auf den Spuren der Natur

78 **Schaumstoffe aus Holz** Recyclbar und umweltschonend

Tourismus

80 **Urlaub daheim** stärkt nicht nur Körper und Geist, sondern auch die ländliche Region und die heimische Wirtschaft

Politik & Gesellschaft

84 **Global denken – lokal handeln!** Die Bewohner von Ökodörfern schützen Natur nicht nur, sondern helfen ihr, sich zu regenerieren

86 **T(h)urmblick** Andere Führer braucht das Land!

Berichterstattung und Kommunikation

88 **Ein ethischer Markt statt freiwilliger CSR!** Ein Diskussionsvorschlag von Christian Felber und Gerd Hofielen

91 **999 Zeichen für die Zukunft ...** der Berichterstattung

Strategie und Unternehmensführung

92 **Serie „Der CSR-Manager“** Die interne und externe Kommunikation des Engagements

Kunst und Nachhaltigkeit

96 **Kunst und Kommerz forum** zeigt, welche Inspiration nachhaltige Marken aus der Kunst ziehen können

Personalmanagement

98 **Mit System zum Erfolg forum**-Interview mit Matthias Strolz über systemische Organisationsentwicklung

100 **Zuhören – statt bellen** Über die richtige Wortwahl in Unternehmen

SERVICE

104 **Die Liebe zum Film lässt sich teilen ...** Filme für die Erde – ein **forum**-Interview mit Kai Pulver

106 Medientipps

108 **B.A.U.M.** informiert

110 Marktplatz

112 **forum** Events in der Vorschau

114 Themenvorschau & Impressum

EIN ETHISCHER MARKT STATT FREIWILLIGER CSR!

(R)Evolutionär strategische Überlegungen, wie die EU-Richtlinie zu nichtfinanzieller Berichterstattung Auftakt für eine Weiterentwicklung des Binnenmarktes, der EU-Außenhandelsstrategie und der TTIP-Thematik sein könnte.

Ein Diskussionsvorschlag vorgelegt von Christian Felber und Gerd Hofjelen

Nachdem die „soziale Verantwortung von Unternehmen“ – alias CSR – jahrelang durch strikte Freiwilligkeit gekennzeichnet war, trat Ende 2014 eine erster verbindlicher Rechtsakt auf EU-Ebene in Kraft: die Richtlinie zu nichtfinanzieller Berichterstattung (EU directive on non-financial reporting). Großunternehmen in der EU werden ab 2017 neben der Finanzbilanz auch einen Bericht über ethische und gesellschaftliche Aspekte ihrer Tätigkeit vorlegen müssen. Auf dem Markt geht die Entwicklung in Richtung kombinierter finanzieller und nichtfinanzieller Unternehmensberichterstattung (Integrated Reporting – siehe [forum 4/2014](#) – Seite 84 ff).

Hintergrund des Strategiewechsels der EU in Bezug auf die bisherige strikte Freiwilligkeit von CSR war, dass nach Angaben der Kommission nur rund tausend der 42.000 größten europäischen Unternehmen CSR strategisch betreiben und weniger als zehn Prozent von ihnen regelmäßig entsprechende Informationen offenlegen. Vom ursprünglichen Vorhaben, die Berichtspflicht auf alle 42.000 Unternehmen ab 250 MitarbeiterInnen anzuwenden, blieb allerdings wenig übrig. Die Richtlinie wird zunächst nur für Unternehmen von mindestens doppelter Größe gelten, also ab 500 Beschäftigten. Davon gibt es in der EU rund 18.000 – börsennotierte und ungelistete. Doch auch dieser Kreis wurde durch Ausnahmen und selektive Definitionen ein weiteres Mal empfindlich verkleinert, übrig geblieben sind nur 6.000 „Unternehmen des öffentlichen Interesses“. Zum Vergleich: Allein in Deutschland gibt es vier Millionen KMU. Die Richtlinie wurde im April 2014 vom EU-Parlament und im September vom Europäischen Rat beschlossen. Sie trat am 6. Dezember in Kraft. Die Richtlinie sieht wörtlich vor, dass: „Große Unternehmen, die Unternehmen von öffentlichem Interesse sind und am Bilanzstichtag das Kriterium erfüllen, im Durchschnitt des Geschäftsjahres mehr als 500 Mitarbeiter zu beschäftigen, in den Lagebericht eine nichtfinanzielle Erklärung aufnehmen, die diejenigen Angaben enthält, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses, der Lage des Unternehmens sowie der Auswirkungen seiner Tätigkeit erforderlich sind und

sich mindestens auf Umwelt-, Sozial-, und Arbeitnehmerbelange, auf die Achtung der Menschenrechte und auf die Bekämpfung von Korruption und Bestechung beziehen.“ Die Umsetzung in nationales Recht muss bis zum 6. Dezember 2016 erfolgen. Am 1. Januar 2017 gelten die neuen Vorschriften bereits für das dann anlaufende Geschäftsjahr.

Die Verwässerung der EU-Richtlinien

Die Schwachstellen und Schlupflöcher der Richtlinie beziehen sich nicht nur auf die geringe Zahl von betroffenen Unternehmen. Zunächst haben die Unternehmen völlig freie Wahl bei den Instrumenten, die sie verwenden wollen: „Bei der Bereitstellung dieser Informationen können sich die großen Unternehmen, die dieser Richtlinie unterliegen, auf nationale Rahmenwerke, unionsbasierte Rahmenwerke wie das Umweltmanagement- und -betriebsprüfungssystem (EMAS) oder auf internationale Rahmenwerke wie den Global Compact der Vereinten Nationen (VN), die Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte: Umsetzung des Rahmenprogramms „Protect, Respect and Remedy“ der Vereinten Nationen, die Leitlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Unternehmen, die Norm der Internationalen Organisation für Normung ISO 26000, die Trilaterale Grundsatzserklärung der Internationalen Arbeitsorganisation zu multinationalen Unternehmen und zur Sozialpolitik, die Global Reporting Initiative und auf andere anerkannte internationale Rahmenwerke stützen.“

Zum anderen bleiben die Punkte Kontrolle und Sanktionen den nationalen Mitgliedstaaten überlassen, weil das Rechnungslegungsrecht nationales Recht und nicht EU-Recht ist. Mit der Folge, dass dem Standort- und Regulierungswettbewerb Tür und Tor geöffnet ist und deshalb vermutlich kein Staat eine nationale Umsetzung mit Zahn und Biss wagt. Vor allem Deutschland hat, Insidern zufolge, auf Druck der Unternehmensverbände ganz maßgeblich zur Abschwächung der Richtlinie beigetragen.

Die Chancen der Initiative

Anders als die Lobbys hat der Integrated Reporting Council (IIRC) die Initiative begrüßt: Die Richtlinie sei ein „wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer integrierten Berichterstattung“, kommentiert Paul Druckman, Chef des IIRC.

Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung, ein Pflänzchen der Zivilgesellschaft beinahe noch im Keimstadium, hat zwei strategische Ziele in Bezug auf die Richtlinie definiert:

1. Die GWÖ-Bewegung will es schaffen, dass die Gemeinwohl-Bilanz wenigstens in den Kernländern der GWÖ – Österreich, Deutschland, Italien, Spanien, aber auch in anderen Ländern, in denen diesbezügliche Aktivitäten starten – im Gesetzestext der nationalen Umsetzung als eines der empfohlenen Instrumente mit aufgezählt wird.
2. Unabhängig vom „Eigenprodukt“ möchte die Bewegung erreichen, dass nur solche Instrumente (Berichtsstandards) im Gesetzestext – in der novellierten Richtlinie oder in den nationalen Umsetzungen – aufscheinen, die sieben definierte Meta-Kriterien erfüllen: Sie sollen
 1. universell (alle Verfassungswerte)
 2. messbar
 3. vergleichbar
 4. verständlich
 5. öffentlich
 6. extern auditiert
 7. an Rechtsfolgen geknüpft sein.

Nur jene Standards, die alle Kriterien erfüllen, sollen im Gesetz vollständig aufgezählt werden und verpflichtend angewandt werden müssen. Diese verbleibenden „Kandidaten“ könnten zu einer universalen Nichtfinanz- oder Ethik-Bilanz verschmolzen werden, damit die Unternehmen aus dem derzeit wachsenden Dschungel aus (freiwilligen und höchst unterschiedlichen) Instrumenten, Standards und Zertifizierungen wieder herausgeführt werden. Voraussetzung einer einheitlichen Rechnungslegungspflicht auf EU-Ebene ist allerdings, dass diese Materie vergemeinschaftet wird; derzeit liegt sie in der Kompetenz der Mitgliedstaaten.

Eine Harmonisierung wäre allerdings nicht neu. Auch die Finanz-Bilanz hat diese Entwicklung der Standardisierung (Handelsgesetzbuch, IFRS, Rechnungslegungsstandards) und Rechtsverbindlichkeit (es wäre undenkbar, dass es keine gesetzliche Pflicht zur Rechnungslegung gibt) durchlaufen, heute ist dies in das unternehmerische Fleisch und Blut übergegangen.

Mit Ethik zum Erfolg!

Ein bisheriges Alleinstellungsmerkmal der Gemeinwohl-Bilanz ist ihre „Rückkoppelung“ an die Volkswirtschaft. Unternehmen sollen nicht nur zur Lösung sozialer und ökologischer Probleme wie etwa Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung, Diskriminierung, Umweltzerstörung, Korruption oder Krieg beitragen, sondern je konsequenter und erfolgreicher sie dies tun, auch vom Gesetzgeber belohnt werden: über

differenzierte Steuer-, Zoll-, Kreditkonditionen und über Vor- und Nachrang im öffentlichen Einkauf. Leistungen für die Allgemeinheit sollen von dieser damit honoriert werden.

Ethischer Handel statt TTIP

Politisches Ziel der GWÖ-Bewegung ist es, eine rechtsverbindliche Ethik-Bilanz als „Eintrittskarte“ für den EU-Binnenmarkt anzulegen: Alle Unternehmen, die Zugang zum Binnenmarkt wünschen, müssen eine solche Bilanz vorweisen – und erhalten je nach Bilanz-Ergebnis freien, weniger freien oder gar keinen Zugang. So würde aus dem „freien“ Binnenmarkt ein „Ethischer Binnenmarkt“ und das GWÖ-Motto „Mit Ethik zum Erfolg!“ erfüllt. Ein solches Marktzugangsinstrument könnte auch zum Herzstück einer alternativen EU-Außenhandelsstrategie werden: Freihandel mit den Ethischsten, kein Freihandel mit den Unethischen – das wäre eine Alternative zum TTIP.

Grundsätzlich gibt es dafür zwei Ansätze: den institutionellen auf staatlicher Ebene und den marktgebundenen auf Unternehmensebene. Auf institutioneller Ebene könnte die EU, um ihre Werte auch im Handel zu schützen, vorrangig den Handel mit jenen Staaten suchen, welche alle Menschenrechtspakte ratifiziert haben, das Kyoto-Klimaschutzprotokoll und alle UN-Umweltabkommen, die ILO-Kernarbeitsnormen, die UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt und die sich für einen vollständigen Informationsaustausch von steuerrelevanten Daten zur Vermeidung von Steuerflucht und -wettbewerb aussprechen.

Die Globalisierung von Werten als Grundlage für einen Freihandel

Die USA wären aus diesem Blickwinkel der EU-Werte nicht der erste Kandidat für ein Handelsabkommen: Sie haben nur einen der beiden Menschenrechtspakte ratifiziert, nur 2 der 8 ILO-Kernarbeitsnormen, kaum ein UN-Umweltschutzabkommen, weder das Kyoto-Protokoll noch die UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt. Angesichts dieser erheblichen ethischen Differenzen ist „Freihandel“ nicht nur die falsche Strategie, es ist die Einladung zum Bruch mit Verfassungswerten! Freihandel ist eine Einladung von Unternehmen, die all diese Standards „zu Hause“ nicht befolgen müssen, im Binnenmarkt in „freie“ Konkurrenz mit Unternehmen zu treten, welche unter diesen Rahmenbedingungen wirtschaften müssen. Aus der Spieltheorie wissen wir, dass sich im „freien Kampf“ zwischen Faireren und Unfaireren die Unfairen verlässlich durchsetzen.

Kohärent wäre somit ein Zollaufschlag für jedes nicht-ratifizierte Abkommen zum Schutz der Menschenrechte, Arbeitsnormen, Klima- und Umweltschutz, für kulturelle Vielfalt und Steuerkooperation – das sind auch die Werte der EU-Richtlinie zu nichtfinanzieller Berichterstattung. Auf diese Weise würde der Druck bei den Handelspartnern erhöht, die genannten völkerrechtlichen Abkommen zu ratifizieren oder anders: bei der Globalisierung der Werte – und nicht vorrangig der Wirtschaftsfreiheiten – zu kooperieren.

Handeln im Dienst des Gemeinwohls

Der einfachere Weg wäre zweifellos, dass die EU den Geist der Richtlinie weiterentwickelt und den Vorweis einer integrierten Finanz- und Ethik-Bilanz als Eintrittskarte in den Binnenmarkt verlangt. Im Nu wäre der nichtfinanzielle Bilanzstandard globalisiert, denn kein größeres Unternehmen der Welt kann es sich leisten, auf den größten Absatzmarkt der Welt zu verzichten. Ganz entgegen der Panikmache-Rhetorik, dass die EU dann von den BRIC-Unternehmen geschmäht würde, würde sie endlich als globales Vorbild wirken und rasche Nachahmung weltweit finden. Langfristig würden die völkerrechtlichen Regeln für den internationalen Handel in den Vereinten Nationen gebildet, mit einer verbindlichen Ethik-Bilanz für alle. Deren Ergebnis entscheidet über den freieren oder weniger freien Zugang zum Weltmarkt. Dann würde der Handel, anstatt Dumping zu belohnen und unsere Verfassungswerte zu untergraben, dem Gemeinwohl dienen. Und so sollte es auch sein: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl“, sagt die Verfassung Bayerns und das Grundgesetz sieht vor, dass „der Gebrauch von Eigentum dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll“. Es ist an der Zeit, dies konkret zu überprüfen und bei Erfüllung belohnen. ■

www.ecogood.org

CHRISTIAN FELBER

ist freier Autor und Publizist und hat 2000 Attac Österreich mitbegründet und aufgebaut. Mit den Projekten Gemeinwohl-Ökonomie, ein Wirtschaftsmodell der Zukunft und einer Bank für Gemeinwohl möchte er die Möglichkeit für eine alternatives Wirtschafts- und Geldsystem aufzeigen, einschließlich des individuellen und demokratischen Umsetzungsprozess dorthin. Er hat dazu mehrere Bücher verfasst.

GERD HOFIELEN

Organisationspsychologe, Betriebswirt, Coach, Berater der Gemeinwohl-Ökonomie. Unterstützt Unternehmen bei der Gestaltung ethisch fundierter Geschäftsmodelle. Freut sich über die robuste Kraft der Zivilgesellschaft in Deutschland bei der Auseinandersetzung mit TTIP.

Hinweis: Wir sind gespannt auf Ihre Meinung über die Zukunft des Reportings und freuen uns über Zuschriften. Mehr zum Thema finden Sie in **forum** 4/2014. Genießen Sie auch das ausführliche Interview von **forum**-Philosoph Christoph Quarch mit Christian Felber.



JOBVERDE FIND' ICH KLASSE, WEIL ...

... ich hier Grüne Jobs, Nachhaltige Jobs, Diversity Jobs und Work-Life-Balance finde.

... ich einen Job mit Sinn & Zukunft möchte, der mich glücklich macht.

... ich kostenlos meinen Lebenslauf einstellen und Jobangebote per E-Mail erhalten kann.

DO THINGS WITH FUTURE, SENSE AND HAPPINESS!

Ihr Vorteil:

forum-Leser erhalten ab sofort 10% Vergünstigung auf sämtliche Stelleninserate! Ihr Gutscheincode: **forum**LESER
Mit unseren gemeinsamen, attraktiven Stellenanzeige-Paketen erscheinen Sie auch auf dem Internetportal forum-csr.net sowie in der Printausgabe von **forum** Nachhaltig Wirtschaften.

999

Zeichen für die Zukunft ... der Berichterstattung.

In knapp zwei Jahren tritt die europäische Richtlinie zur Offenlegung nichtfinanzieller Informationen in Kraft. Spätestens dann müssen größere Unternehmen neben finanziellen Kennzahlen auch Informationen über Strategien, Risiken und Ergebnisse in Bezug auf Umweltbelange, soziale und mitarbeiterbezogene Aspekte und andere Kriterien offenlegen.



Sie sollen so für mehr Transparenz und bessere Vergleichbarkeit von Nachhaltigkeitsaktivitäten sorgen. Vor diesem Hintergrund entwickelt sich Nachhaltigkeitsberichterstattung von öffentlichkeitsorientierter „Prosa“ immer stärker zu einem Zahlenwerk, das es den Unternehmen erlaubt, strategische und operative Entscheidungen für sich selbst und für ihren Einflussbereich in der Wertschöpfungskette zu treffen. Viele werden dann auch ihre Zulieferer in die Pflicht nehmen und entsprechende Daten über deren ökologische und soziale „Rucksäcke“ einfordern. Es ist nicht zu früh, sich auch als KMU (Kleine und Mittlere Unternehmen) schon heute darauf vorzubereiten und die entsprechenden Datengrundlagen zu schaffen.

Dr. Friedrich Hinterberger leitet das Sustainable Europe Research Institut (SERI) in Wien und entwickelte gemeinsam mit Partnern das Nachhaltigkeits-Monitoring-Tool mona (www.mona-tool.com).



Ja, wer liest das denn? Wozu der ganze Aufwand? Diese Fragen werden bei Nachhaltigkeitsberichten immer gestellt, bei Geschäftsberichten nie. Das sollte auch jenen zu denken geben, die Nachhaltigkeit eigentlich wichtig finden. Aber eben nur eigentlich, denn als so richtig wichtig gilt es ihnen halt noch nicht. Sie verkennen, dass Geschäft langfristig nur der machen kann, der auch Nachhaltigkeit ernst nimmt. Und etwas wirklich ernst zu nehmen, heißt eben, es zu messen und zu steuern – und darüber zu berichten. Das müssen dann ganz bestimmt keine 100 Kennzahlen sein, aber die wesentlichen. So wie Aktionäre ein Recht auf Einblick in zentrale Finanzkennzahlen haben, hat die Gesellschaft heute das Recht auf ein paar Kennzahlen zur Nachhaltigkeit. Eigentlich wichtig gilt nicht mehr. Heute ist beides wirklich wichtig. Und das spiegelt sich folglich auch in der Berichterstattung – egal wer was liest. Wer etwas über die Ergebnisse unternehmerischer Nachhaltigkeit lesen will, muss es lesen können.

Sabine Braun, Geschäftsführerin akzente kommunikation und beratung GmbH



Unzählige Unternehmen in ganz Deutschland übernehmen seit Jahrzehnten freiwillig gesellschaftliche Verantwortung. Sie verfolgen den nachhaltigen Dreiklang aus wirtschaftlichem Erfolg, sozialem Engagement und ökologischem Anspruch. Auf der Plattform „Wirtschaft weiß-blau“ präsentieren bayerische Firmen ihre vielfältigen CSR-Aktivitäten. Leider nimmt die politische Regulierung von CSR zu. Durch die Erweiterung der EU-Bilanzierungsrichtlinie werden viele Unternehmen verpflichtet, in ihren Bilanzen über CSR-Aktivitäten zu berichten. Das trifft nicht nur Großunternehmen, sondern schlägt auch auf kleine und mittelständische Firmen durch. Mehr Bürokratie und Kosten ersticken gesellschaftliches Engagement. Die Bundesregierung sollte bei der Umsetzung der EU-Richtlinie nicht über das Ziel hinausschießen und nur das Nötigste regeln. Die Politik muss sich darauf konzentrieren, die richtigen Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen zu schaffen. Denn erst wirtschaftlicher Erfolg ermöglicht CSR.

Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Zukunft gestalten

Top informiert mit dem Entscheider-Magazin für nachhaltiges Wirtschaften und Corporate Social Responsibility!

Jetzt abonnieren
WWW.FORUM-CSR.NET/ABO
Nur 30 EUR pro Jahr
für Studenten nur 20 EUR

Forum
Nachhaltig Wirtschaften

Jetzt für 7,50 EUR am Kiosk oder unter www.forum-csr.net/magazin.
Auch als e-Magazin oder PDF.
Tel.: +49 (0)89 / 74 66 11 - 0
Mail: abo@forum-csr.net

